



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hr.: Baden und die Reichstagsauflösung (Aus Baden.)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Baden und die Reichstagsauflösung.

(Aus Baden.)

Unter der Fluth von Mittheilungen, Kundgebungen und Erklärungen, welche seit der Reichstagsauflösung in der officiösen Presse, in der „freiwillig gouvernementalen“ und in den Organen der politischen Parteipresse erschienen sind, ragt die officiöse Mittheilung der „Karlsruher Zeitung“ über die Stellung der badischen Regierung zu der Frage der Reichstagsauflösung weithin leuchtend hervor. Die Mittheilung, datirt den 12. Juni, lautet: „Der Antrag auf Auflösung des Reichstags war, wie wir vernehmen, in bundesräthlichen Kreisen nicht ohne Bedenken aufgenommen worden. Auch die badische Regierung hätte gewünscht, daß zunächst der bisherige Reichstag einberufen worden wäre, in der Annahme, daß es jetzt den verbündeten Regierungen gelungen sein würde, sich mit einer großen Majorität des Parlaments über die Maßnahmen zu verständigen, welche zur energischen Bekämpfung eines in der erschreckendsten Weise wiederholt zu Tage getretenen, die Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zerstörenden Uebels unabweislich geboten sind. Nur wenn wider Erwarten auf diesem Wege nicht zum Ziele zu gelangen wäre, dann würde man den Zeitpunkt für gekommen erachten, den jetzigen Reichstag aufzulösen und an die Nation zu appelliren. Wenn gleichwohl auch die badische Regierung schließlich dem Antrag auf sofortige Auflösung ihre Zustimmung nicht versagt hat, so ist dies nach der von ihr stets innegehaltenen freisinnigen und nationalen Richtung nicht in der Absicht, der Einführung einer reaktionären Wendung in der deutschen Politik zu dienen, sondern nur in der Erwägung geschehen, daß der deutschen Vormacht und dem leitenden Staatsmanne in einer hochgespannten Lage die dringend verlangte Anwendung einer verfassungsmäßigen Maßnahme nicht versagt werden könne. Die der freisinnigen Richtung feindlich gegenüber stehenden Parteien scheinen allerdings in der Auflösung und bevorstehenden Neuwahl des Reichstages bereits das Anbrechen ihrer Aera zu erblicken. Dazu gibt ihnen aber schon der ausgesprochene Zweck des Bundesraths-Beschlusses keine Berechtigung, und gerade darum dürfte auch die oberste Leitung des Reiches erwarten, daß dem von ihr eingebrachten Vorschlage keine der verbündeten Regierungen sich widersetzen und damit ihren Absichten mit Mißtrauen begegnen werde.“

Die Kundgebung ist hochbedeutend. Sie dokumentirt aufs Neue sowohl den festen Entschluß der badischen Regierung, auf dem im Jahre 1860 betretenen Weg freiheitlicher Staatsentwicklung konsequent weiter zu schreiten, als auch die Ueberzeugung dieser Regierung des freisinnigsten der deutschen Partikular-



staaten, daß die Inaugurierung einer reaktionären Politik im Reich lediglich in dem Wünschen und Hoffen der „der freisinnigen Richtung feindlich gegenüberstehenden Parteien“ zu finden sei. Vor Allem aber läßt sie die nationale Gesinnung der badischen Regierung im hellsten Lichte erscheinen.

Die Ansicht der Regierung, daß zunächst der Versuch einer Verständigung mit dem bisherigen Reichstag über Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erneuern und erst nach dem Scheitern eines solchen Versuchs zur Auflösung zu schreiten gewesen sei, steht bekanntlich in vollem Einklang mit der in national-liberalen Kreisen weitest verbreiteten Auffassung. Speziell in Baden kam national-liberalerseits der Auflösung so gut wie keine Sympathie entgegen. Die Ablehnung der Sozialistennovelle achtete man allseits für vollständig motivirt. „Ein auf gleicher Grundlage ruhender Gesetzesentwurf“ dagegen, welcher die zu treffenden sozialistischen Ziele scharf und bestimmt bezeichnet und dabei einen rasch und sicher arbeitenden Apparat behufs Beseitigung dieser „Ziele“ zur Verfügung gestellt hätte, wäre willkommen gewesen, und man hielt sich überzeugt, daß ihm in dem jetzt aufgelösten Reichstag ein besseres Schicksal zu Theil geworden wäre, als die Sozialistennovelle es zu erfahren hatte. Solche rückwärts schauende Betrachtung mag jetzt freilich nicht mehr viel nützen, und die Tagespresse hat auch so ziemlich von ihr abstrahirt. Aber das konnte und kann nicht hindern, daß ein Gefühl lebhafter Befriedigung durch das Land ging, als kund wurde, daß die Regierung dieselbe Auffassung der Lage theilte. Daß in so sorgenschwerer Zeit erneute Bekenntniß der badischen Regierung zu den Prinzipien der bis dahin befolgten freisinnigen Politik ist uns die werthvollste Rundgebung unter den mehreren, welche seit das Ministerium Turban an die Spitze der Geschäfte getreten ist, nach dieser Richtung hin ergangen sind. Sie bezeugt den festen Willensentschluß, die Fahne freisinniger Politik auch ferner hoch zu halten. Auch im Reich werde die reaktionäre Wera nicht anbrechen. Befürchtungen in dieser Hinsicht bestehen. Insbesondere beunruhigt daß, wie die „Neue Frankfurter Presse“ kürzlich bemerkte, klare, fest ausgesprochene Ziele der Reichsregierung betreffs der innern Politik — wir denken vor Allem an die Frage der Steuerreform — dem größeren Publikum absolut unbekannt sind. Zweifellos sind die Partikularregierungen betreffs dieses Punktes soweit orientirt, daß auch in Bezug hierauf die badische Regierung sich mit gutem Gewissen versichert halten kann, die Hoffnung der reaktionären Richtung auf Anbrechen ihrer Wera sei unbegründet. Hierbei möchte freilich sorgsam im Auge zu behalten sein, daß wohl auch der scharfsinnigste Politiker kaum mit Bestimmtheit zu ermesen vermag, welche einzelnen Konsequenzen sich bezüglich der Reichspolitik aus der Reichstagsauflösung und den Neuwahlen ergeben. Konservativerseits ist man höchst unge-



halten auf die in Rede stehende offiziöse Rundgebung der Regierung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die Kreuzzeitung und andere klagen, daß die Solly'sche Aera, welche man überwunden geglaubt habe, noch am Tageshimmel stehe. Am naivsten aber geberdet sich das Landesorgan unserer Deutsch-Konservativen, indem es der badischen Regierung vorwirft, sie „durchkreuze die Pläne des leitenden Staatsmannes, indem sie ganz unverhohlen die Wahltrumpete zu Gunsten der Wiederwahl der früheren nationalliberalen Mehrheit ertönen lasse und vor einer Wendung in der deutschen Politik warne. In das Stadium einer Reaktion im Sinne einer Gegenbewegung gegen eine unberechtigte Bewegung seien wir eingetreten, daran können offiziöse Auslassungen nichts mehr ändern.“ Ach ja! die Herren hatten in unserem Baden bereits die Hände ausgestreckt, die ihnen so heiter entgegen lachenden Früchte der Reaktion „in Sicht“ jauchzend zu pflücken. Und nun kommt dieser scharfe, klare Luftzug und biegt die Äste rückwärts. Da ist's zu begreifen, daß der Aerger momentan fast kindisch machen kann. Nun, es wird sich ja zeigen, was für Siege die Deutsch-Konservativen, welche den „offiziellen Fehdehandschuh“ aufnehmen wollen, im bevorstehenden Wahlkampf erfechten werden.

Man hat, auch von national-liberaler Seite aus, die badische Regierung getadelt, daß sie trotz ihres Bedenkens gegen sofortige Reichstagsauflösung dennoch dem diese Auflösung befürwortenden preussischen Antrag zugestimmt haben. Wir zählen zu denen, die es gerne gesehen hätten, wenn Baden im Bundesrath mit Hamburg und Hessen gegen die Sozialistennovelle votirt haben würde. Aber ebenso sind wir aus tiefster Ueberzeugung denen beigegeben, welche an Stelle des Rathes der „verbündeten Regierungen“ eine einheitliche Reichsregierung gesetzt wünschen, damit auch wirklich Ein Reich sei und nicht nur — was ja doch das deutsche Reich mehr oder minder z. B. noch ist — ein Complex verbündeter „Staaten.“ Wo wir nun sehen, daß der nationale Gedanke nach dieser Richtung hin bejaht wird, ohne Preisgebung höchster politischer Interessen bejaht wird, da stehen wir nicht an, unumwunden Beifall zu spenden. „Der deutschen Vormacht und dem leitenden Staatsmann durfte in einer hochgespannten Lage die dringend verlangte Anwendung einer verfassungsmäßigen Maßnahme nicht versagt werden.“ Diese Motivirung ist lediglich und rückhaltlos anzuerkennen. Die badische Regierung mußte nur des Einen sich überzeugt halten, daß die Auflösung ehrlich und redlich ohne Hintergedanken, lediglich um des ausgesprochenen, von ihr, der badischen Regierung nicht zu mißbilligenden Zweckes willen gefordert wurde. Sie hielt sich dessen überzeugt und so ist und bleibt ihre Zustimmung eine auf's Höchste zu verehrende nationale That.

Der Wahlkampf wird hart und bitter werden. In dem aufgelösten



Reichstag hatte Baden 11 Nationalliberale entsendet, 1 Deutschconservativen, 2 Ultramontane. Die Wahlen zweier Nationalliberalen waren für ungültig erklärt und Neuwahlen noch nicht vollzogen wurden. Prophezeien ist schwer. Freiburg ist ein national-liberales Sorgenkind. In Karlsruhe werden's die Deutschconservativen wieder mit aller Macht versuchen. Aber trotzdem hoffen wir wieder elf Nationalliberale zu entsenden. Fiat!

D. 20. Juni.

Gr.

## Die nationalliberale Partei vor den Reichstagswahlen.\*)

Es erscheint uns als eine ernste Pflicht d. Bl., die stets zur nationalen Partei gehalten haben, ohne im Dienste einer Fraktion zu stehen, offen zu bekunden, daß der Wahlaufruf, welchen das noch von den bisherigen Abgeordneten früher eingesetzte „Zentralwahlkomité der nationalliberalen Partei“ am 16. Juni dieses Jahres in Berlin erlassen, in weiten Kreisen wenig befriedigt hat.

Jener Aufruf läßt es, und zwar höchst wahrscheinlich mit voller Absicht, durchaus unklar, ob einer neuen, auf denselben Grundlagen wie die vorige ruhenden Vorlage zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen entgegen getreten werden soll oder nicht. Die Wähler müssen aber, um sich zu entscheiden, unbedingt baldigst wissen, ob die Kandidaten für Ausnahmemaßnahmen gegen die Sozialdemokratie oder ob sie nur für solche Maßnahmen zu stimmen gewillt sind, welche sich auf dem Boden des gemeinen Rechts bewegen. Sie müssen es schleunigst wissen, weil die Reichsregierung nun einmal an Ausnahmemaßregeln festhält, deren nochmalige Ablehnung also einem Scheitern der gesetzlichen Abwehr gleichkäme, welche das aus seiner Ruhe aufgerüttelte deutsche Volk entschieden verlangt. Die liberalen Wähler können sich auch nicht befremden mit der Ansicht, daß in erster Linie das ihrer Richtung widerstrebende Verfahren stehe, die nothwendigen scharfen Maßnahmen bloß deshalb auf die ganze Bevölkerung auszudehnen, weil durch sie nur der verworfenste Theil derselben getroffen werden soll. Wird aber das gemeine Recht nur accentuirt, weil man minder scharfe Maßregeln wünscht, so danken wir erst recht dafür; denn unbeschadet des nebenher einzuleitenden Heilungsprozesses

\*) Nicht von der Redaktion, sondern von einem Manne, der schon von den Tagen des Nationalvereins an treu zur Partei gehalten.